

VERGABEUNTERLAGEN

2026RRI000025-AZ416/2026

Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

Ausschreibung (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Stiftung Staatstheater Nürnberg

Richard-Wagner-Platz 2-10, 90443 Nürnberg, Deutschland

08.07.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen.....	1
Projektinformation	1
Vertragsbedingungen/Formulare.....	4
Ausschreibungsanlage_Zuschlagskriterien_Bewertungsmatrix_Final_29.6.26	4
Struktur Bieter	8
1. Angaben zur Struktur	8
2. Angaben zu Unterauftragnehmern	8
3. Angaben zur Eignungsleihe	9
4. Angaben zur Bietergemeinschaft	9
4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft.....	9
4.2. Bevollmächtigter Vertreter	9
Eigenerklärung	10
Eigenerklärung	10
Angebotsaufforderung.....	12
Bewerbungsbedingungen UVgO.....	13
1.2.1. Textform	14
1.3. Weitere Vorgaben	14
1.3.1. Angebot	14
1.3.2. Nachweise.....	15
2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen	16
3. Bevorzugte Bieter.....	17
4. Besondere Beteiligungsformen	17
4.1. Unterauftragnehmer	17
4.2. Bietergemeinschaften.....	18
4.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen	18
5. Abschluss des Vergabeverfahrens.....	19
6. Kommunikation im Vergabeverfahren	19
Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher	20
Eigenerklärung	20
Produkte/Leistungen	23
Eignungskriterien.....	31
Leistungskriterien	36
Anlagen	37

INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG

Auftragsnummer	2026RRI000025-AZ416/2026
Maßnahme	
Auftragsbezeichnung	Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb
Auftragsbeschreibung	Gegenstand der Bekanntmachung sind Leistungen der Projektleitung und Projektsteuerung im Rahmen der Standortverlagerung des Opernhauses sowie der Verwaltung unter fortlaufendem Betrieb. Die Leistungen umfassen insbesondere die Projektierung, die Entwicklung und Koordination der Verlagerungsplanung, die Durchführung einer Bestandsaufnahme sowie die Unterstützung bei Vergabeprozessen. Darüber hinaus ist ein umfassendes Projekt- und Umzugsmanagement Bestandteil der Leistung, das die Steuerung, Koordination und Begleitung sämtlicher Umzugs- und Verlagerungsprozesse beinhaltet. Ziel der Maßnahme ist die wirtschaftliche, termin- und betriebssichere Umsetzung der Standortverlagerung bei durchgehend aufrechterhaltung des laufenden Betriebs.

ALLGEMEINES

VERFAHREN

Auftraggeber	Stiftung Staatstheater Nürnberg
Liefer-/Ausführungsort	90443 Nürnberg
Leistungsart	Dienstleistung
Vertragsart	< keine Auswahl getroffen >
Vergabeart	Öffentliche Ausschreibung (UVgO)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein				
Art der losweisen Vergabe					
Höchstzahl der Lose pro Angebot					
Zuschlagskriterium	Wirtschaftlichstes Angebot Berechnungsmethode: Freie Verhältniswahl Preis/Leistung Gewichtung: 40%: 60%				
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>79421000-1</td><td>Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	79421000-1	Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten
Code	Bezeichnung				
79421000-1	Projektmanagement, außer Projektüberwachung von Bauarbeiten				

ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind nicht zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Nein
Skonto zugelassen	Ja
Skonto Zahlungsziel	14 Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	https://www.auftraege.bayern.de
Zulässige Signatur	Textform nach §126b BGB

TERMINE

ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	29.06.2026
Vorinformation	

ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Frist Bieterfragen	10.07.2026 23:59
Angebotsfrist	20.07.2026 12:00:00
Bindefrist	14.08.2026
Versand Vorabinformation	

AUFTRAGSDAUER

Beginn	
--------	--

DATENSCHUTZ

DATENSCHUTZBEAUFTRAGTER

Name	Stiftung Staatstheater Nürnberg
Anschrift	Richard-Wagner-Platz 2-10, 90443 Nürnberg
Telefon	+49 91 1660694867
E-Mail	datenschutz@staatstheater-nuernberg.de

DATENERHEBUNGSVERANTWORTLICHER

Name	Stiftung Staatstheater Nürnberg
Anschrift	Richard-Wagner-Platz 2-10, 90443 Nürnberg
Telefon	
E-Mail	vergabestelle@staatstheater-nuernberg.de

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

BROWSEREINSTELLUNGEN

Verwenden Sie zur Navigation in eVergabe nur die Menüpunkte der Anwendung. Wenn Sie über die Browser-Schaltflächen navigieren, werden die Informationen nicht zum Anwendungs-Server übertragen und eVergabe zeigt ggf. eine falsche Seite an.

Sicherheitseinstellungen an Ihrem Browser:

- JavaScript muss aktiviert sein
- Cookies müssen erlaubt sein; Cookies von Drittanbietern sollten erlaubt sein (empfohlen)
- Pop-Up-Fenster müssen erlaubt sein

PDF-Plugins:

- Die integrierte PDF-Ansicht sollte deaktiviert sein; ein PDF-Reader wird empfohlen

Empfohlene Browser:

- Aktuelle Versionen des Microsoft Edge, Google Chrome, Opera oder Mozilla Firefox

KOMMUNIKATION

Die Kommunikation mit der Vergabestelle, insbesondere zu Nachforderungen, sowie das Stellen von Bieterfragen erfolgt grundsätzlich im jeweiligen Verfahren über den Bieterassistenten unter "Nachrichten".

Bei Nachrichten der Vergabestelle erhalten Sie unmittelbar eine Benachrichtigung per E-Mail. Bitte prüfen Sie in diesem Fall Ihren Posteingang unter "Nachrichten" und bestätigen dort die Kenntnisnahme.

29.06.26

Ausschreibungsanlage – Zuschlagskriterien und Bewertungsmatrix

1. Zuschlagsprinzip

Der Zuschlag wird gemäß § 43 UVgO auf das wirtschaftlichste Angebot auf Grundlage des besten Preis-Leistungs-Verhältnisses erteilt.

Die Bewertung erfolgt anhand eines Punktesystems mit einer maximal erreichbaren Gesamtpunktzahl von 100 Punkten.

Den Zuschlag erhält das Angebot mit der höchsten Gesamtpunktzahl.

Die Bewertung erfolgt ausschließlich auf Grundlage der in dieser Anlage festgelegten Zuschlagskriterien und Bewertungsmaßstäbe.

2. Bewertungsübersicht

<u>Kriterium</u>	<u>Gewichtung</u>	<u>Max. Punkte</u>
Preis	40 %	40 Punkte
Qualität	60 %	60 Punkte
Gesamt	100 %	100 Punkte

3. Preisbewertung (max. 40 Punkte)

3.1 Bewertungsgrundlage

Bewertet wird der Gesamtwertungspreis auf Grundlage des Leistungsverzeichnisses.

Der Wertungspreis umfasst sämtliche im Leistungsverzeichnis abgefragten Positionen.

3.2 Bewertungsmethode

Das Angebot mit dem niedrigsten Wertungspreis erhält 40 Punkte.

Die Punktzahl aller weiteren Angebote wird nach folgender Formel berechnet:

$$P(\text{Preis}) = (\text{niedrigster Wertungspreis} / \text{Wertungspreis des zu bewertenden Angebots}) \times 40.$$

Die Ergebnisse werden auf zwei Nachkommastellen kaufmännisch gerundet. Die Rundung erfolgt ausschließlich im letzten Schritt der Gesamtwertung.

4. Qualitätsbewertung (max. 60 Punkte)

4.1 Übersicht der Qualitätskriterien

Die Qualitätsbewertung erfolgt anhand der folgenden Kriterien:

- K1: Projektdurchführung / Vorgehenskonzept – maximal 25 Punkte
- K2: Personaleinsatzplanung – maximal 20 Punkte
- K3: Schnittstellenkonzept – maximal 15 Punkte

4.2 Bewertungsverfahren

Die Bewertung erfolgt je Kriterium anhand einer **verbindlichen 0–5 Punkteskala**.

4.3 Umrechnung in Wertungspunkte

PQualität = (erreichte Punktzahl / 5) × Maximalpunktzahl

4.4 Bewertungsstufen (verbindlich)

Die nachfolgend beschriebenen Bewertungsstufen gelten einheitlich für sämtliche Qualitätskriterien.

Punkte Bewertungsmaßstab

- 5** Die Darstellung erfüllt die Anforderungen in außergewöhnlich hohem Maße. Sie ist **Punkte** vollständig, schlüssig, projektspezifisch und bietet einen erheblichen Mehrwert für den Auftraggeber.
- 4** Die Darstellung erfüllt die Anforderungen überdurchschnittlich gut. Es bestehen **Punkte** lediglich geringfügige Schwächen, die die Qualität der Leistungserbringung nicht wesentlich beeinträchtigen.
- 3** Die Darstellung erfüllt die Anforderungen vollständig und nachvollziehbar. Die **Punkte** vorgesehene Leistungserbringung erscheint geeignet und plausibel.
- 2** Die Darstellung erfüllt die Anforderungen nur teilweise. Es bestehen erkennbare **Punkte** Schwächen oder Unklarheiten, die Zweifel an einzelnen Aspekten der Leistungserbringung begründen.
- 1 Punkt** Die Darstellung weist erhebliche Defizite auf und lässt wesentliche Aspekte offen. Die Eignung zur Leistungserbringung ist nur eingeschränkt erkennbar.
- 0 Punkte** Keine verwertbare Darstellung oder die Anforderungen werden nicht erfüllt.

5. Einzelkriterien Qualität:

Kriterium	Max. Punkte	Erwartungshorizont	Bewertungsmaßstab
5.1. Darstellung der Herangehensweise an das Projekt inkl. Ablaufplan und Zeitschiene zur Realisierung des Projekts	25	Erwartet wird eine nachvollziehbare Darstellung der geplanten Vorgehensweise zur Vorbereitung, Steuerung und Durchführung des Umzugsprojekts. Der Ablaufplan soll sämtliche wesentlichen Projektphasen, Meilensteine, Abhängigkeiten und Zeiträume enthalten. Zudem sollen Risiken und geeignete Maßnahmen zu deren Beherrschung dargestellt werden.	Dem Auftraggeber kommt es darauf an, dass der Umzug des Staatstheaters strukturiert, terminsicher und mit möglichst geringen Auswirkungen auf den laufenden Betrieb durchgeführt wird. Positiv bewertet werden Konzepte, die eine klare Projektstruktur, realistische Zeitplanung, nachvollziehbare Meilensteine, erkennbare Risikobetrachtungen sowie konkrete Maßnahmen zur Vermeidung von Terminverzögerungen aufweisen. Besonders positiv werden projektspezifische Ansätze bewertet, die die besonderen Anforderungen eines Staatstheaters (z. B. Instrumente, Bühnentechnik, Werkstätten, Archivbestände sowie Proben- und Vorstellungsbetrieb) berücksichtigen.
5.2. Personaleinsatzplan inkl. Darstellung der Vertretungsregelungen und Verfügbarkeiten	20	Erwartet wird die Darstellung der vorgesehenen Personalstruktur einschließlich Projektleitung, Schlüsselpersonal und operativer Ressourcen. Darüber hinaus sind die vorgesehenen Vertretungsregelungen, Verfügbarkeiten und Maßnahmen zur Sicherstellung der Personalressourcen während der gesamten Projektlaufzeit darzustellen.	Dem Auftraggeber kommt es darauf an, dass während sämtlicher Projektphasen ausreichend qualifiziertes Personal verfügbar ist und Ausfälle einzelner Personen nicht zu Projektverzögerungen führen. Positiv bewertet werden Konzepte, die klare Verantwortlichkeiten, belastbare Vertretungsregelungen und eine hohe personelle Verfügbarkeit erkennen lassen. Ebenfalls positiv bewertet werden Maßnahmen zur kurzfristigen Bereitstellung zusätzlicher Personalressourcen, beispielsweise durch interne Personalreserven, standortübergreifende Kapazitäten oder andere geeignete organisatorische Vorkehrungen.
	15	Erwartet wird die Darstellung der Zusammenarbeit mit allen projektrelevanten Beteiligten. Hierzu	Dem Auftraggeber kommt es darauf an, dass die Vielzahl der am Umzug beteiligten Akteure effizient koordiniert

Kriterium	Max. Erwartungshorizont Punkte	Bewertungsmaßstab
5.3. Darstellung der Zusammenarbeit aller Schnittstellen	zählen insbesondere die Projektverantwortlichen des Auftraggebers, Nutzervertretungen, technische Fachbereiche, externe Dienstleister sowie weitere am Umzug beteiligte Akteure. Die Kommunikations- und Abstimmungsprozesse sind nachvollziehbar darzustellen.	wird und Informationsverluste vermieden werden. Positiv bewertet werden Konzepte, die klare Kommunikationswege, feste Ansprechpartner, regelmäßige Abstimmungsformate sowie transparente Entscheidungs- und Eskalationsprozesse vorsehen. Besonders positiv werden Konzepte bewertet, die potenzielle Schnittstellenrisiken frühzeitig erkennen und geeignete Maßnahmen zur Konfliktvermeidung und Koordination darstellen.

6. Gesamtwertung

Die Gesamtpunktzahl eines Angebots ergibt sich aus der Summe der im Rahmen der Preis- und Qualitätsbewertung erzielten Punkte:

Gesamtpunktzahl = Preis + Qualität.

Bereich	Maximal erreichbare Punkte
Preis	40 Punkte
Qualität	60 Punkte
Gesamt	100 Punkte

Projekt-Nr.: 2026RRI000025-AZ416/2026

Aktenzeichen: AZ416/2026

Projektname: Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

Darstellung der Struktur des Bieters

1. Angaben zur Struktur

Name des Bieters / der Bietergemeinschaft:

Die Beteiligung erfolgt

- als Einzelbieter
- als Bietergemeinschaft
- unter Einbeziehung von Unterauftragnehmern

Auf die Ausführungen zu den besonderen Beteiligungsformen und zur Eignungsleihe in den Bewerbungsbedingungen wird ausdrücklich hingewiesen.

2. Angaben zu Unterauftragnehmern

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
--------------------------------------	---------------------------	---

3. Angaben zur Eignungslleihe

Folgende Kapazitäten anderer Unternehmen sollen zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen bzw. technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit in Anspruch genommen werden:

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Kapazitäten des Unternehmens, die für die Eignungslleihe in Anspruch genommen werden
---	----------------------------------	---

Entsprechend unterschriebene **Verpflichtungserklärungen** der Eignungsverleiher sind dem Angebot beizufügen.

4. Angaben zur Bietergemeinschaft

4.1. Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name, Vorname bzw. Firmenbezeichnung	Anschrift bzw. Firmensitz	Vorgesehene Aufgaben im Rahmen des Projekts (bei bevorzugten Bietern: Anteil am Gesamtangebot)
---	----------------------------------	---

4.2. Bevollmächtigter Vertreter

Angabe des von allen Mitgliedern für die Durchführung des Vergabeverfahrens und Vertrages gegenüber dem Auftraggeber bevollmächtigten Vertreters:

Projekt-Nr.: 2026RRI000025-AZ416/2026

Aktenzeichen: AZ416/2026

Projektname: Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

Firmenbezeichnung und -anschrift

Eigenerklärung

mit Angebotsabgabe erklärt der Angebotsersteller oder bei Bewerber- / Bietergemeinschaften deren bevollmächtigter Vertreter für die beteiligten Unternehmen Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende menschen-, umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.
 - werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.

- werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
- Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
- Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
- Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wissentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte im Arbeitsschritt Eignungskriterien, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Projekt-Nr.: 2026RRI000025-AZ416/2026

Aktenzeichen: AZ416/2026

Projektname: Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

Firmenbezeichnung und Anschrift

Angaben zu Fristen und Ansprechpartner

Ablauf der Angebotsfrist: 20.07.2026 12:00:00

voraussichtliche Ausführungsfrist:

Beginn:

Ende:

E-Mail: oswitha.Richter@staatstheater-nuernberg.de

Datum: 08.07.2026

Aufforderung zur Angebotsabgabe

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Vergabestelle beabsichtigt, einen öffentlichen Auftrag zu vergeben. Die Auftragsbekanntmachung und die Vergabeunterlagen sind unter www.auftraege.bayern.de hinterlegt.

Falls Sie an diesem Auftrag interessiert sind, bitten wir Sie, ein Angebot abzugeben.

Soweit in den Vergabeunterlagen nicht anders vorgegeben, ist das Angebot in elektronischer Form und deutscher Sprache über das Portal www.auftraege.bayern.de einzureichen.

Wir würden uns über ein Angebot Ihrerseits sehr freuen.

Freundliche Grüße

Roswitha Richter

Projekt-Nr.: 2026RRI000025-AZ416/2026

Aktenzeichen: AZ416/2026

Projektname: Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

Bewerbungsbedingungen

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung der Sprachformen männlich, weiblich und divers (m/w/d) verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für alle Geschlechter.

1. Angebotsabgabe

1.1. Fristen

Die **Angebotsfrist** endet am 20.07.2026 um 12:00:00 Uhr.

Eine Änderung oder Rücknahme eines bereits eingereichten Angebots durch den Bieter ist nur bis zum Ablauf dieser Angebotsfrist zulässig.

Der öffentliche Auftraggeber wird den Zuschlag spätestens am 14.08.2026 erteilen.

Der Bieter ist bis dahin an sein eingereichtes Angebot gebunden (**Bindefrist**).

Die **Frist für Bieterfragen** endet am 10.07.2026 23:59 Uhr.

Fragen, die dem öffentlichen Auftraggeber nach Ablauf dieses Termins zugehen, werden grundsätzlich nicht beantwortet.

1.2. Form und Übermittlung

Die Abgabe des Angebots hat **unter Verwendung elektronischer Mittel** zu erfolgen.

Nicht mittels elektronischer Datenübermittlung abgegebene Angebote werden nicht berücksichtigt.

Die wirksame Angebotsabgabe hat vollumfänglich und ausschließlich über die Vergabeplattform zu erfolgen.

Die zur Erstellung eines elektronischen Angebots erforderlichen Arbeitsschritte können Sie dem Bieter-Handbuch entnehmen.

Die online-Bearbeitung der Angebotserstellung kann jederzeit unterbrochen werden. Zur Fortsetzung einer unterbrochenen Angebotserstellung bedarf es der nochmaligen Einwahl über die Vergabeplattform in den Angebotsassistenten (durch Auswahl des entsprechenden Verfahrens im Menüpunkt „meine Projekte“, Unterpunkt „Angebotsphase“).

Zur rechtsgültigen Angebotsabgabe bedarf es neben der Verwendung elektronischer Mittel der Einhaltung der **verfahrensspezifisch vorgegebenen Formerfordernisse**. Diese werden Ihnen im Schritt „Angebot einreichen“ zur Auswahl angeboten:

1.2.1. Textform

Dem Erfordernis der Textform nach § 126b BGB genügt die Angabe des Angebotserstellers im dafür vorgesehenen Feld und die anschließende Bestätigung über den Button „Angebot einreichen“.

1.3. Weitere Vorgaben

Die Angebote werden hinsichtlich

- Form und Vollständigkeit,
- Eignung der Bieter und des Nichtvorliegens von Ausschlussgründen,
- Angemessenheit und Wirtschaftlichkeit

geprüft und bewertet.

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird für die Angebotsabgabe auf Folgendes hingewiesen:

1.3.1. Angebot

Das Angebot und dessen Anlagen sind in deutscher Sprache abzufassen.

Die im Angebot enthaltenen Preisangaben sind in Euro anzugeben.

Entspricht der Gesamtbetrag nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, ist der Einheitspreis maßgebend.

Die Abgabe von Doppelangeboten ist unzulässig.

Doppelangebote sind Angebote, die sich allein preislich von einem ansonsten inhaltlich identischen Angebot desselben Bieters unterscheiden.

Für die Erstellung des Angebots und aller übermittelten Unterlagen wird keine Vergütung gewährt.

Dem Angebot beigelegte Unterlagen, Muster usw. gehen mit Übermittlung in das Eigentum des Auftraggebers über.

Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sind kenntlich zu machen.

Im Angebot ist anzugeben, ob gewerbliche Schutzrechte bestehen oder vom Bieter oder anderen beantragt sind.

Bieter haben auf erkannte Widersprüche und Fehler in den Vergabeunterlagen hinzuweisen.

Antworten des Auftraggebers auf Bieterfragen werden Bestandteil der Vergabeunterlagen. Maßgeblich ist jeweils die jüngste Antwort des Auftraggebers.

Falls während der Angebotsphase die Vergabeunterlagen durch den Auftraggeber geändert werden sollten (sog. Korrekturzyklus), verlieren alle bis dahin abgegebenen Angebote automatisch ihre Gültigkeit.

Für den Fall, dass ein bereits abgegebenes Angebot aufrechterhalten werden soll, muss es über den Angebotsassistenten erneut abgegeben werden. Hierzu kann eine automatisch angelegte Kopie des bisherigen Angebots als gültiges Angebot bestätigt werden.

Es werden nur Angebote fachkundiger und leistungsfähiger (geeigneter) Bieter berücksichtigt, welche die festgelegten Kriterien zur ordnungsgemäßen Auftragsausführung erfüllen.

Die Eignung der Bieter wird anhand der geforderten Erklärungen und Nachweise beurteilt.

Im Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft, der Unterbeauftragung oder sonstigen Berufung auf die Leistungsfähigkeit eines Dritten (sog. Eignungsleihe) können sich die Angaben und Erklärungen der einzelnen Unternehmen ergänzen, um die erforderliche Leistungsfähigkeit des Bieters insgesamt nachzuweisen.

Bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft oder einer Eignungsleihe ist der Auftraggeber zur Einholung eines Auszugs aus dem Wettbewerbsregister hinsichtlich aller Beteiligten verpflichtet.

1.3.2. Nachweise

Bei Beauftragung eines Dritten im Rahmen einer Eignungsleihe ist nachzuweisen, dass die für den Auftrag erforderliche Fachkunde und Leistungsfähigkeit bei der Ausführung des Auftrags tatsächlich zur Verfügung gestellt werden kann. Dieser Nachweis kann z.B. durch eine entsprechende unterschriebene Verpflichtungserklärung des Dritten erfolgen.

Nachweise, die bei Angebotsabgabe zu erbringen sind, müssen im Arbeitsschritt „Eigene Anlagen“ hochgeladen und elektronisch beigefügt werden. Dateien unterliegen hinsichtlich Größe und Benennung technischen Beschränkungen, auf die gesondert hingewiesen wird.

Unterlagen die nicht der vorgegebenen Form entsprechen gelten als nicht abgegeben und werden nicht berücksichtigt.

Sofern Nachweise oder Erklärungen gefordert sind, die ein Bieter eines europäischen Mitgliedstaates objektiv nicht beibringen kann, werden vergleichbare Nachweise oder Erklärungen nach dem Recht des Sitzes des Bieters anerkannt. Hierfür sind Übersetzungen vorzulegen, die durch einen amtlich vereidigten Übersetzer gefertigt wurden.

Bitte beachten Sie, dass Verweise auf Datenträger, Literatur, Broschüren usw. die geforderten Antworten und Erklärungen nicht ersetzen. Sie werden nicht bewertet.

2. Hinweise zu den Vergabeunterlagen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

Die bayerischen Verwaltungsvorschriften zum öffentlichen Auftragswesen (VVöA) finden in ihrer jeweils gültigen Fassung Anwendung und gehen den Regelungen in den Vergabeunterlagen vor.

Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der derzeit gültigen Fassung gelten nachrangig zu den Regelungen in den Vergabeunterlagen.

Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig.

Abweichende Bestimmungen oder Regelungen im Zusammenhang mit dem Abschluss dieses Vertrages werden nicht Vertragsbestandteil.

Bitte bedenken Sie, dass dies insbesondere von Ihnen beigefügte Allgemeine Geschäftsbedingungen, Begleitschreiben oder Konzepte betrifft.

Die Vergabeunterlagen dürfen ausschließlich zur Angebotserstellung verwendet werden. Jede über diese Verwendung hinausgehende Nutzung, insbesondere Weitergabe oder Veröffentlichung (auch auszugsweise) ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers, ist unzulässig. Bei Verzicht auf eine Angebotsabgabe oder für den Fall, dass das Angebot den Zuschlag nicht erhält, sind alle Vergabeunterlagen zu vernichten.

Der Bieter hat auch nach Beendigung des Verfahrens über die ihm bekannt gewordenen vertraulichen Informationen des Auftraggebers Verschwiegenheit zu wahren.

3. Bevorzugte Bieter

Bieter, die bevorzugt berücksichtigt werden wollen müssen dies im Angebot erklären und den Nachweis für das Vorliegen der Voraussetzungen entsprechend den Vorgaben der VVöA führen.

Bietergemeinschaften, denen bevorzugte Bieter als Mitglieder angehören, haben zusätzlich den Anteil nachzuweisen, den die Leistungen dieser Mitglieder am Gesamtangebot haben. Werden diese Nachweise nicht geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieter behandelt.

4. Besondere Beteiligungsformen

Soweit sich aus den übrigen Vergabeunterlagen nicht etwas Anderes ergibt, wird auf Folgendes hingewiesen:

4.1. Unterauftragnehmer

Die Einschaltung von Unterauftragnehmern ist grundsätzlich zulässig.

Unterauftragnehmer ist derjenige, der von einem Bieter beauftragt wird, eine oder mehrere Aufgaben von diesem zu übernehmen.

Der Bieter / die Bietergemeinschaft führt die Leistung nicht selbstständig aus, sondern bedient sich ganz (sog. Generalübernehmer) oder teilweise (sog. Generalunternehmer) dem Einsatz von Unterauftragnehmern.

Grundsätzlich haftet der Generalübernehmer/-unternehmer für die ordnungsgemäße Vertragsabwicklung. Der Unterauftragnehmer steht in der Regel in keiner Vertragsbeziehung zum öffentlichen Auftraggeber.

Die Namen der Unterauftragnehmer und die jeweils zu erbringenden Leistungen sind im Angebot zu benennen.

Der Auftragnehmer bemüht sich bei der Einholung von Angeboten der Unterauftragnehmer regelmäßig Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen sowie Existenzgründungen angemessen zu beteiligen.

Er verpflichtet sich bei Weitergabe von Leistungen die VOL/B zum Vertragsbestandteil zu machen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich außerdem den Unterauftragnehmern – insbesondere hinsichtlich Gewährleistung, Vertragsstrafe, Zahlungsweise und Sicherheitsleistungen – keine ungünstigeren Bedingungen aufzuerlegen, als zwischen ihm und dem Auftraggeber vereinbart sind.

Zur Bekämpfung der Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs hat der Bieter auf Verlangen des Auftraggebers Auskunft darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

4.2. Bietergemeinschaften

Die Bildung einer Bietergemeinschaft ist grundsätzlich zulässig.

Eine **Bietergemeinschaft** liegt vor, wenn sich mindestens zwei Einzelbieter zusammenschließen und im Rahmen eines Vergabeverfahrens ein gemeinsames Angebot mit dem Ziel abgeben den Zuschlag zu erhalten.

Die Beteiligung in dieser Form ist möglich, soweit die Bildung der Bietergemeinschaft kartell- und wettbewerbsrechtlich zulässig ist. Das Vorliegen der kartell- und wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen ist dem Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Eine Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine, von allen Mitgliedern unterschriebene, Erklärung abzugeben, in welcher

- die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft für den Fall der Zuschlagserteilung erklärt ist,
- alle Mitglieder mit postalischer Anschrift aufgeführt sind,
- ein Mitglied für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages als bevollmächtigter Vertreter bezeichnet ist,
- alle Mitglieder die Haftung für die Erfüllung sämtlicher vertraglichen Verpflichtungen als Gesamtschuldner übernehmen,
- eine Kontonummer bei einem näher bezeichneten Kreditinstitut angegeben ist, auf die sämtliche Zahlungen des Auftraggebers mit befreiender Wirkung geleistet werden können.

4.3. Wettbewerbsbeschränkende Verhaltensweisen

Wettbewerbsbeschränkende Absprachen gem. § 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sind unzulässig und führen zwingend zum Ausschluss der Beteiligten.

Wenn der Auftragnehmer aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen hat, die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, hat er 5 % der Auftragssumme an den Auftraggeber zu zahlen, es sei denn, dass ein Schaden in anderer Höhe nachgewiesen wird. Dies gilt auch, wenn der Vertrag gekündigt wird oder bereits erfüllt ist.

5. Abschluss des Vergabeverfahrens

Der Auftraggeber weist auf seine gesetzliche Verpflichtung aus § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes hin. Demnach fordert der Auftraggeber bei Aufträgen ab einer Höhe von 30 000 Euro für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister an.

Bei Verhandlungsvergaben behält sich der Auftraggeber gemäß § 12 Abs. 4 Satz 2 UVgO vor, den Zuschlag auch ohne Durchführung vorheriger Verhandlungen auf ein Angebot zu erteilen.

6. Kommunikation im Vergabeverfahren

Die Vergabestelle übermittelt Nachrichten aus dem Verfahren grundsätzlich nur über den Angebotsassistenten und versendet parallel – rein informatorisch – jeweils eine E-Mail-Nachricht (Info-E-Mail) an die in Ihrem Profil hinterlegte E-Mail-Adresse.

Erklärungen gelten mit Bereitstellung im Nachrichtenmodul des Angebotsassistenten als zugegangen.

Ein Anspruch auf den Erhalt von Info-E-Mails in Bezug auf neue Nachrichten der Vergabestelle besteht nicht.

Direkte Rückantworten auf diese Info-E-Mail-Nachrichten oder Anfragen über die dort verwendete System-E-Mail-Adresse sind nicht möglich. Verwenden Sie für die Kommunikation mit der Vergabestelle die Nachrichtenfunktion im Angebotsassistenten.

Bitte sorgen Sie dafür, dass Sie während des Vergabeverfahrens unter den in Ihrem Firmen- bzw. Mitarbeiterprofil hinterlegten Kontaktdaten (insbesondere E-Mail-Adressen) auch tatsächlich erreichbar sind.

Über automatisch generierte Antworten (z.B. Abwesenheitsassistenten) mitgeteilte abweichende Kontaktdaten können nicht berücksichtigt werden.

Projekt-Nr.: 2026RRI000025-AZ416/2026

Aktenzeichen: AZ416/2026

Projektname: Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

Firmenbezeichnung und –anschrift
des Unterauftragnehmers oder Eignungsverleiher

Eigenerklärung

Als Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher für

erkläre ich **für mein Unternehmen** Folgendes:

- Es ist keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, wegen einer der in § 123 Abs. 1 GWB genannten Straftaten (z.B. §§ 129 - 129b, 89c, 261, 263, 264, 299 - 299b, 108e, 108f, 333 - 335a, 232 - 233a StGB, Art. 2 § 2 IntBestG) oder vergleichbarer Vorschriften anderer Staaten verurteilt worden und es ist auch nicht aus denselben Gründen eine Geldbuße nach § 30 OWiG gegen das Unternehmen festgesetzt worden.
- Das Unternehmen hat seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- Das Unternehmen hat bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Insbesondere
 - wird gem. § 7 Abs. 1 AGG, § 3 Abs. 1 EntgTranspG und § 2 Nr. 7 AEntG Frauen und Männern für gleiche oder gleichwertige Arbeit gleiches Entgelt gewährt.

- werden gem. § 3 Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten die in Abschnitt 2 dieses Gesetzes festgelegten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten in angemessener Weise beachtet.
 - werden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewährt, die nach dem Mindestlohngesetz (MiLoG), einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag, oder einer nach den §§ 7, 7a oder 11 AEntG oder § 3a des AÜG erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
- Das Unternehmen ist nicht zahlungsunfähig, es ist über das Vermögen des Unternehmens kein Insolvenzverfahren oder vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet oder mangels Masse abgelehnt worden, und es befindet sich auch nicht in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.
 - Das Unternehmen hat keine schweren Verfehlungen begangen, die seine Integrität als Auftragnehmer für öffentliche Aufträge in Frage stellen. Dies gilt auch für Personen, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist.
 - Das Unternehmen hat im Vergabeverfahren keine vorsätzlich unzutreffenden Erklärungen abgegeben, keine irreführenden Informationen übermittelt und mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.
 - Es liegt kein Ausschlussgrund nach § 21 AEntG, § 98c AufenthG, § 19 MiloG, § 21 SchwarzArbG und § 22 LkSG vor. Insbesondere wurde gegen das Unternehmen keine Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG oder § 21 MiloG verhängt. Auch wurde gegen das Unternehmen oder einen Vertretungsberechtigten keine Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten und keine Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder Geldbuße von mindestens 2.500 € wegen Verstoßes gegen eine in § 21 SchwarzArbG aufgeführte Vorschrift verhängt.

Tritt bei den vorgenannten Umständen zu einem späteren Zeitpunkt eine Änderung ein, so ist dies dem Auftraggeber unverzüglich mitzuteilen. Wissentlich falsche Erklärungen können den Ausschluss von diesem und weiteren Verfahren zur Folge haben. Werden diese Umstände nach Auftragserteilung bekannt, steht dem Auftraggeber ein außerordentliches Kündigungsrecht zu. Mögliche Schadensersatzforderungen bleiben davon unberührt.

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte in einem gesonderten Dokument, weshalb diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Ort, Datum

Unterschrift

LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung (Korrektur)

08.07.2026

Verfahren: 2026RRI000025-AZ416/2026 - Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

SKONTO

Skonto zugelassen	Ja
Zahlungsziel (falls zugelassen)	14 Tag(e)
Skonto	_____ %

AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

Vorbemerkungen

Die Stiftung Staatstheater Nürnberg, paritätisch getragen von der Stadt Nürnberg und dem Freistaat Bayern, ist mit über 700 Veranstaltungen pro Spielzeit in den Sparten Musiktheater, Sprechtheater, Ballett und Konzert das größte Mehrspartenhaus Bayerns. Mit seinem Programm, das auch die Theaterpädagogik PLUS umfasst, erreicht es über 290.000 Besuche in der Saison. Ein fortlaufender Spielbetrieb aller Sparten wird an sieben Tagen pro Woche und an 325 Tagen im Jahr ermöglicht. Mit rund 650 festangestellten Mitarbeitenden verfügt das Staatstheater Nürnberg über einen hochqualifizierten Personalstamm, inklusive fünf festangestellter Ensembles.

Zu den Immobilien des Staatstheaters Nürnberg gehören am Richard-Wagner-Platz das Opernhaus sowie das Schauspielhaus. Die Theaterwerkstätten, das Zentrallager sowie weitere Büroflächen sind dezentral verortet. Zudem schafft die Stadt Nürnberg in der Kongresshalle auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände mit einer neuen Spielstätte für das Staatstheater Nürnberg und den Ermöglichungsräumen für Kunst und Kultur einen neuen, einzigartigen Kulturort, der Aspekte der Erinnerungskultur und der Künste aller Sparten miteinander verbindet. Hier werden die Sparten Musiktheater und Tanz des Staatstheaters während der Erweiterung und Sanierung des historischen Opernhauses am Richard-Wagner-Platz proben und auftreten.

Der Spielbetrieb wird ab Herbst 2028 in der neuen Spielstätte im Innenhof der Kongresshalle Nürnberg stattfinden. Dieser Ergänzungsbau umfasst die Bühne, einen Zuschauerraum mit 800 Plätzen, den Orchestersaal sowie bühnennahe Funktionsbereiche. In dem an den Neubau angrenzenden Bestandsbau der Kongresshalle werden Foyer- und Bürobereiche eingerichtet.

Das Projekt wird unter laufendem Spielbetrieb erfolgen.

Abrechnung und Mengenregelung

Die für die Positionen 1–6 angegebenen Stunden- bzw. Tagesansätze dienen ausschließlich der Angebotswertung sowie der Vergleichbarkeit der Angebote. Sie stellen keine verbindliche Abnahmemenge dar und begründen keinen Anspruch des Auftragnehmers auf den Abruf der angegebenen Leistungsmenge.

Die Abrechnung erfolgt ausschließlich auf Grundlage der tatsächlich erbrachten und vom Auftraggeber abgenommenen Leistungen

innerhalb der vereinbarten Vertragslaufzeit. Die Vergütung ist dabei auf die in den Vergabeunterlagen genannte maximale Stunden- bzw. Tagesmenge begrenzt.

Mindestanforderungen an das Angebot

Dem Angebot sind die nachfolgend genannten Konzepte beizufügen. Das Fehlen eines oder mehrerer Konzepte führt zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Erforderliche Konzepte

- 5.1. Darstellung der Herangehensweise an das Projekt inkl. Ablaufplan und Zeitschiene zur Realisierung des Projekts
- 5.2. Personaleinsatzplan inkl. Darstellung der Vertretungsregelungen und Verfügbarkeiten
- 5.3. Darstellung der Zusammenarbeit aller Schnittstellen

Hinweis

Bitte beachten Sie die beigegefügte Ausschreibungsanlage „Zuschlagskriterien und Bewertungsmatrix“.

Form der Angebotsabgabe

Die Angebotsabgabe hat ausschließlich unter Verwendung des vorgegebenen Leistungsverzeichnisses zu erfolgen. Preise sind ausschließlich in die dafür vorgesehenen Positionen einzutragen.

Abweichende Angebotsstrukturen, insbesondere eigene Leistungsverzeichnisse, alternative Preisblätter oder sonstige Ergänzungen, sind nicht zulässig und führen zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Nebenangebote sind nicht zulässig.

Bei Unklarheiten oder Rückfragen sind diese über die Bieterkommunikation einzureichen.

1	Projektvorbereitung und Verlagerungsplanung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	50,00	Stunde(n) pro 1,00 Stunde(n)

1.1 Datenanalyse und Grundlagenaufbereitung

Übernahme, Prüfung und Analyse der durch den Auftraggeber bereitgestellten Datensätze zur Bewertung und Optimierung der Umzugsleistungen sowie der damit verbundenen Kostenstrukturen.

Zusammenführung und Auswertung sämtlicher relevanter Projekt- und Rahmendaten als Grundlage für die Umzugs- und Verlagerungsplanung, einschließlich Bauzeiten-, Termin- und Spielplänen.

1.2 Verlagerungskonzeption und Strategieentwicklung

Erarbeitung einer ganzheitlichen Verlagerungskonzeption einschließlich Entwicklung der Umsetzungsstrategie sowie Erstellung und Vorbereitung von Präsentationsunterlagen für den Auftraggeber.

1.3 Projektorganisation und Steuerungsstruktur

Erstellung und Abstimmung eines Projektorganigramms einschließlich Definition der Projektorganisation sowie Festlegung von Ansprechpartnern, Zuständigkeiten, Verantwortlichkeiten und Kommunikationswegen.

1.4 Projektstart und Abstimmung (Kick-off-Management)

Koordination, Durchführung und Protokollierung der Kick-off-Termine mit dem Auftraggeber sowie allen für die Standortverlagerung erforderlichen Gewerken, Dienstleistern und Projektbeteiligten zur Sicherstellung eines abgestimmten Projektstarts.

1.5 Terminplanung und Inbetriebnahmeplanung

Erstellung einer Grobterminplanung für die Inbetriebnahme der neuen Flächen sowie die anschließende Umzugs- und Verlagerungsphase unter Berücksichtigung der terminlichen Abhängigkeiten aller beteiligten Gewerke und Projektpartner.

1.6 Terminsteuerung und Projektcontrolling

Kontinuierliche Fortschreibung und Steuerung des Projektterminplans über die gesamte Projektlaufzeit unter Berücksichtigung aller relevanten Projektfortschritte, Abhängigkeiten und Terminänderungen.

2	Bestandsaufnahme und -erfassung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	480,00	Stunde(n) pro 1,00 Stunde(n)

Die Bestandsaufnahme umfasst die strukturierte Erfassung sämtlicher Inventarbereiche. Der Auftragnehmer hat dabei die spezifischen Anforderungen an Schutz, Transportart und Lagerung je Kategorie zu berücksichtigen:

2.1. Musikalisches Inventar

- Detaillierte Aufnahme aller Orchesterinstrumente (insb. Flügel, Klaviere, Harfen, Schlagwerk/Pauken).
- Erfassung der notwendigen Klimatisierungs- und Schutzanforderungen (z.B. klimatisierte Transportbehältnisse bei empfindlichen Saiteninstrumenten).

2.2. Kostüm-, Masken- und Requisitenfundus

- Erfassung der Bestände in Stangenmetern (hängend) und Rollcontainern (liegend).
- Differenzierung nach Materialsensibilität (historische Textilien, Maskenbildnerei, empfindliche Accessoires).

2.3. Archiv, Verwaltung und Büroeinrichtung

- Erfassung des Archivvolumens in laufenden Metern (lfm) für Noten/Partituren.
- Inventarisierung der gesamten Büroeinrichtung (Schreibtische, ergonomische Stühle, Schrankwände, Rollcontainer).
- Erfassung der IT-Infrastruktur (Server, Arbeitsplatzrechner, Drucker, Netzwerktechnik).

2.4. Werkstatteinrichtung

- Erfassung der technischen Ausstattung der Gewerke (z.B. Schreinerei, Schlosserei, Hausmeisterwerkstatt).

- Aufnahme von stationären Maschinen (unter Angabe von Maßen, Gewicht und notwendiger Demontage-Leistung) sowie Handwerkzeug und Kleinteilemagazinen.
 - Erfassung von Gefahrgut (z.B. Farben, Lacke, Chemikalien der Werkstätten) unter Berücksichtigung geltender Sicherheitsvorschriften (ADR).
- 2.5. Bühnentechnisches Material (exkl. große Bühnenelemente)
- Erfassung der mobilen Bühnentechnik und Lichttechnik (z.B. Moving Lights, Scheinwerfer, Dimmer, Kabelbäume, Steuerpulte).
 - Inventarisierung von Audiotechnik (z.B. Beschallung, Mikrofone, Monitoring).
 - Erfassung von Kleinteilen und Spezialzubehör (z.B. Stative, Traversen-Elemente, Projektionstechnik).

Detailierungsgrad der Erfassung:

- Jedes Großobjekt/jeder Container ist mit einem Code zu kennzeichnen.
- Status-Protokoll: Aufnahme des Ist-Zustands vor dem Umzug (Fotodokumentation bei auffälligen Schäden zur Haftungsabgrenzung) insbesondere bei Instrumenten.
- Maßblatt: Ermittlung der Maße (L x B x H) und des Gewichts für alle wertintensiven oder sperrigen Güter zur Gewährleistung der statischen Sicherheit während des Transports.

Weg-Analyse und Gefahrenquellen:

- Prüfung und Dokumentation der Transportwege am Start- und Zielort.
- Identifikation von Engpässen (z.B. Bühnentore, schmale Korridore im Magazin, Lastenaufzüge).
- Prüfung der Bodenbelastbarkeit in Bereichen, in denen schwere Elemente oder Instrumente (Flügel) zwischengelagert oder bewegt werden.

Digitale Bereitstellung:

- Bereitstellung einer konsolidierten Bestandsliste (Format: Excel/CSV), inklusive Standortzuordnung (Herkunft -> Ziel).
- Zusammenführung der Daten zu einem Gesamt-Transportplan, inklusive Risikoklassifizierung (z.B. "Besonders empfindlich/klimasensibel").

3	Leistungen im Rahmen der Vergabeunterstützung zur Standortverlagerung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	140,00	Stunde(n) pro 1,00 Stunde(n)

Erstellung eines Leistungsverzeichnisses für die Standortverlagerung zur Ausschreibung der Umzugsdienstleistungen einschließlich Abstimmung mit der Vergabestelle des Auftraggebers sowie Unterstützung im Freigabe- und Abstimmungsprozess.

Durchführung von Vor-Ort-Begehungen mit den Bietern einschließlich Erstellung, Koordination der Beantwortung sowie neutralem Versand eines Fragen- und Antwortenkatalogs im Rahmen des Vergabeverfahrens.

Unterstützung bei der fachlichen und formalen Prüfung sowie Bewertung der eingegangenen Angebote auf Grundlage der im Leistungsverzeichnis definierten Zuschlagskriterien einschließlich Erarbeitung einer Vergabeempfehlung zur Entscheidungsunterstützung des Auftraggebers.

Teilnahme und fachliche Mitwirkung an Bieteraufklärungs- und Vergabegesprächen einschließlich Unterstützung bei der Klärung offener Leistungs-, Termin- und Kostenfragen.

4	Druck- und Plotkosten	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Pauschale(n) pro 1,00 Pauschale(n)

Erbringung von Plot- und Druckleistungen einschließlich Erstellung, Vervielfältigung und Verteilung von Handouts an die Nutzer sowie Plotten und Ausgabe projektbezogener Pläne (DIN A1 bis DIN A0), einschließlich Grundrissen des Auftraggebers, Korrekturabzügen und finalen Fassungen.

Einschließlich Erstellung und Ausgabe von Wegleitsystemen für den Umzug sowie farbigen Zielaufklebern.

Die Leistung ist je Zieletage in drei Ausführungen (Grundriss, Korrekturabzug und Finalfassung) zu erbringen.

5	Projekt- und Umzugsmanagement der Standortverlagerung	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	50,00	Tagessatz/-sätze pro 1,00 Tagessatz/-sätze

Abrechnung auf Basis eines Tagessatzes.
Ein Arbeitstag umfasst 8 Stunden.

Projekt- und Umzugssteuerung (operative Umsetzungsphase)
Abrechnung

Abrechnung auf Basis eines Tagessatzes.
Ein Arbeitstag umfasst 8 Stunden.

einschließlich kontinuierlicher Vor-Ort-Steuerung der physischen Umzugsaktivitäten an Quell- und Zielstandorten während der gesamten Umzugsphase.

Koordination und Durchführung eines Umzugs-Kick-offs mit allen Fachbereichs-Umzugsbeauftragten einschließlich Dokumentation sowie Vorstellung der Projekt-Timeline und der geplanten Umzugsabläufe.

Zentraler Ansprechpartner für die Fachbereichs-Umzugskordinatoren sowie Abstimmung und Koordination von Änderungsanforderungen mit dem Auftraggeber im Rahmen der Projektumsetzung.

Erstellung eines Umzugskonzepts einschließlich Feinterminplanung sowie Koordination und Kommunikation mit allen beteiligten Gewerken. Erstellung eines Umzugsleitfadens mit Anweisungen zur Durchführung der Umzugsmaßnahmen.

Prüfung, Konsolidierung und Qualitätssicherung der Umzugslisten einschließlich Ergänzung fehlender Angaben sowie Weiterleitung an die beteiligten Gewerke. Regelmäßige Abstimmung mit den Fachbereichs-Umzugskordinatoren und der Projektleitung des Auftraggebers zur Sicherstellung des Projektfortschritts.

Abstimmung und Festlegung der Umzugsaufgaben mit den jeweiligen Fachbereichen einschließlich Protokollierung der Ergebnisse.

Erstellung von Transportlisten für umzuziehende Möbel mit Zuordnung von Start- und Zielstandorten sowie Erstellung von Zielkennzeichnungen für Möbel und IT-Hardware auf Basis von Schrank- und Tischnummern.

Überprüfung der Ist- und Sollflächen, Meldung von Abweichungen sowie Dokumentation von Fehlbeständen einschließlich Erstellung eines Maßnahmenkatalogs.

Laufende Überwachung der Umzugsaktivitäten sowie Durchführung steuernder Maßnahmen bei Abweichungen vom Termin- und Umzugsplan.

Vor-Ort-Begleitung der Umzugswellen einschließlich Koordination der beteiligten Dienstleister (u. a. IT, Medientechnik, Reinigungsdienste).

Durchführung einer gemeinsamen Begehung der Start- und Zielbereiche nach Abschluss des Umzugs mit dem Auftraggeber und den Umzugsbeauftragten einschließlich Protokollierung der Ergebnisse.

Anzeige und Dokumentation von Versicherungsfällen bei Verlust oder Beschädigung mittels Schadensmeldung. Abnahme sämtlicher umzugsrelevanter Gewerkeleistungen einschließlich Dokumentation.

6	Assistenz im Projekt- / Umzugsmanagement	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
	Optionalposition	19%	150,00	Stunde(n)	pro 1,00 Stunde(n)

Unterstützung des Projekt- und Umzugsmanagements durch organisatorische, dokumentarische und koordinative Zuarbeiten zur operativen Begleitung des Gesamtprojekts und der einzelnen Leistungsbereiche.

Die Leistung umfasst insbesondere die Unterstützung bei Terminorganisation, Protokollführung, Datenaufbereitung und allgemeinen Projektassistenzaufgaben

ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
Summe (brutto)	_____

LEISTUNGSVERZEICHNIS

08.07.2026

Ausschreibung (Korrektur)

Verfahren: 2026RRI000025-AZ416/2026 - Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------

Verfahren: 2026RRI000025-AZ416/2026 - Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

EIGNUNGSKRITERIEN

1	statistische Angaben
1.1	Unternehmensgröße [Mussangabe] Zur Kontrolle der öffentlichen Vergabeverfahren und zur Überprüfung ihrer Mittelstandsförderungsmaßnahmen erhebt die Europäische Union (EU) bei allen ausschreibenden Stellen verschiedene Daten zum Ergebnis von Vergabeverfahren. Bitte geben Sie hierzu Ihre Unternehmensgrößenklasse an. Nähere Informationen, ob Ihr Unternehmen die Eigenschaft als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen erfüllt, finden Sie in dem vom Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union herausgegebenen Benutzerleitfaden zur Definition von KMU. Es handelt sich um einen rein statistischen Wert, d.h. die Angabe zu diesem Punkt hat keinerlei Auswirkung auf die Zulässigkeit Ihres Angebots oder die Bewertung der Wirtschaftlichkeit. <input type="checkbox"/>] Keine Angabe (0) <input type="checkbox"/>] Kleinstunternehmen (0) <input type="checkbox"/>] Kleines Unternehmen (0) <input type="checkbox"/>] Mittleres Unternehmen (0) <input type="checkbox"/>] Großunternehmen (0) <p style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</p>
2	Ausschlussgründe nach § 31 UVgO i.V.m. §§ 123, 124 GWB
2.1	Hinweis Hinweis: Ein Eintrag zu den folgenden Punkten erfolgt erst bei der Angebotsprüfung durch den Auftraggeber, es ist kein Eintrag durch den Bieter zulässig.
2.2	Ausschlussgründe entsprechend § 123 GWB Ausschlusskriterium Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von zwingenden Ausschlussgründen entsprechend §123 GWB? <input type="checkbox"/>] Keine Angabe <input type="checkbox"/>] Ja <input type="checkbox"/>] Nein <p style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</p>
2.3	Ausschluss entsprechend § 124 GWB Ausschlusskriterium Der Auftraggeber hat keine Kenntnis von fakultativen Ausschlussgründen entsprechend § 124 GWB, die zum Ausschluss führen? <input type="checkbox"/>] Keine Angabe <input type="checkbox"/>] Ja <input type="checkbox"/>] Nein <p style="text-align: right;">Nur eine Antwort wählbar</p>
3	Angaben Wettbewerbsregister
3.1	Grundlage Auskunft Wettbewerbsregister Öffentliche Auftraggeber sind nach § 6 Abs. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes ab einer Höhe von 30.000 € verpflichtet, für den Bieter, der den Zuschlag erhalten soll, vor der Zuschlagserteilung eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister anzufordern.
3.2	Name des Unternehmens [Mussangabe] Name des Unternehmens:
3.3	Postanschrift Gewichtung: 0,00%
3.3.1	Sitz des Unternehmens [Mussangabe] Sitz des Unternehmens / der Firma:
3.3.2	Straße [Mussangabe]

Straße:

3.3.3 Hausnummer [Mussangabe]

Hausnummer:

3.3.4 Postleitzahl [Mussangabe]

Postleitzahl:

Hinweis: Es sind nur Hauszustellungs-Postleitzahlen zulässig!

3.3.5 Ort [Mussangabe]

Ort:

3.3.6 Land [Mussangabe]

In welchem Land / Staat ist Ihr Unternehmen ansässig?

3.4 Rechtsform [Mussangabe]

Welche Rechtsform hat Ihr Unternehmen?

- Keine Angabe (0)
- Natürliche Person (0)
- AG (0)
- AG (England) (0)
- AG (Schottland) (0)
- AG (Schweiz) (0)
- AG & Co. KG (0)
- AG & Co. KG i. L. (0)
- AG & Co. oHG (0)
- AG & Co. oHG i. L. (0)
- AG i. Gr. (0)
- AG i. L. (0)
- AöR (0)
- BV (0)
- Corp. (0)
- e.K. (0)
- e.V. (0)
- e.V. i. L. (0)
- eG (0)
- eG i. Gr. (0)
- eG i. L. (0)
- eGbR (0)
- Einzelunternehmer (0)
- EWIV (0)
- GbR (0)
- gGmbH (0)
- GmbH (0)
- GmbH (Österreich) (0)
- GmbH (Schweiz) (0)
- GmbH & Co. KG (0)
- GmbH & Co. KG i. L. (0)
- GmbH & Co. OHG (0)
- GmbH & Co. OHG i. L. (0)
- GmbH i. Gr. (0)
- GmbH i. L. (0)
- Inc. (0)
- KG (0)
- KG i. L. (0)
- KGaA (0)
- KöR (0)
- LLP (0)
- Ltd. (0)
- n.e.V. (0)
- NV (0)
- OHG (0)
- OHG i. L. (0)
- Oy (0)
- PartG (0)
- PartG i. L. (0)
- PartGmbH (0)
- S.L. (0)
- SA (0)
- SARL (0)
- SE (0)
- SNC (0)
- sp. z.o.o. (0)
- SpA (0)
- SRL (0)
- Stiftung & Co. KG (0)
- Stiftung & Co. KG i. L. (0)
- Stiftung & Co. OHG (0)
- Stiftung & Co. OHG i. L. (0)
- Stiftung bR (0)
- Stiftung öR (0)

- UG (haftungsbeschränkt) (0)
- UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG (0)
- VEB (0)
- VVaG (0)
- WEG (0)
- Rechtsform nicht gelistet (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.5 Registerangaben

Gewichtung: 0,00%

3.5.1 Registerangaben

Ist das zuständige Registergericht / die zuständige Registerstelle im In- oder im Ausland angesiedelt?

- Keine Angabe* (0)
- Register in der Bundesrepublik Deutschland (= Inländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Inländisches Register' aus. (0)
- Register außerhalb der Bundesrepublik Deutschland (= Ausländisches Register). Bitte füllen Sie die Felder unter 'Ausländisches Register' aus. (0)
- Für mein Unternehmen existiert kein Registereintrag, da natürliche Person/Personenvereinigung. Bitte füllen Sie die Felder unter 'Keine Registerangabe' aus. (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2 Inländisches Register

Gewichtung: 0,00%

3.5.2.1 Registergericht

Zuständiges Registergericht:

3.5.2.2 Registerart

Zutreffende Registerart:

- Keine Angabe* (0)
- HRA (0)
- HRB (0)
- GnR (0)
- GsR (0)
- PR (0)
- VR (0)

Nur eine Antwort wählbar

3.5.2.3 Registernummer

Angabe zur Registernummer:

3.5.3 Ausländisches Register

Gewichtung: 0,00%

3.5.3.1 Ausländische Registernummer

Ausländische Registernummer:

3.5.3.2 Registerbezeichnung

Registerbezeichnung:

3.5.3.3 Registerführende Stelle

Registerführende Stelle:

3.5.4 Keine Registerangabe

Gewichtung: 0,00%

3.5.4.1 Keine Registerangabe

Für Einzelunternehmer (Freiberufler oder Selbstständige) werden folgende Angaben benötigt.

3.5.4.2 Einzelunternehmer

Gewichtung: 0,00%

3.5.4.2.1 Familienname

Familienname:

3.5.4.2.2 Vorname

Vorname:

3.5.4.3 Sonstige Gründe

Bitte erläutern Sie, weshalb keine der vorhergehenden Auswahlmöglichkeiten zutreffen:

3.5.5 Umsatzsteueridentifikationsnummer

Falls Sie eine Umsatzsteueridentifikationsnummer besitzen, dann geben Sie diese bitte an:

4 Eigenerklärung

4.1 Bestätigung der Kenntnisnahme [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

Die Eigenerklärung habe ich zur Kenntnis genommen und bestätige ihren Inhalt.

- Keine Angabe
 Ja
 Nein

Nur eine Antwort wählbar

4.2 Bestätigung zu Bewerber- / Bietergemeinschaften

Als bevollmächtigter Vertreter bestätige ich, dass auch sämtliche beteiligte Unternehmen den Inhalt der Eigenerklärung zur Kenntnis genommen und bestätigt haben.

(Anmerkung: liegt keine Beteiligung als Bewerber- / Bietergemeinschaft vor, ist keine Angabe zu machen.)

- Keine Angabe (0)
 Ja (0)
 Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

4.3 Angaben zu fakultativen Ausschlussgründen

Sollten für Sie bzw. Ihr Unternehmen fakultative Ausschlussgründe nach § 124 GWB vorliegen, schildern Sie bitte, warum diese nicht zu einem Ausschluss vom Verfahren führen sollen.

Der Auftraggeber entscheidet im Rahmen der Angebotsprüfung über den Ausschluss.

Sie können ausführlichere Angaben zum Sachverhalt auch im Arbeitsschritt Eigene Anlagen als Dokument hochladen.

5 Eigenerklärung für Unterauftragnehmer

5.1 Eigenerklärung Unterauftragnehmer Eignungsverl.

Ich bestätige, dass ich die Anlage "Eigenerklärung für Unterauftragnehmer und Eignungsverleiher" jedem Unterauftragnehmer oder Eignungsverleiher zur Bestätigung weitergeleitet habe. Sie wurde von diesen um Firmenbezeichnung und -anschrift ergänzt, unterschrieben und anschließend im Arbeitsschritt "Eigene Anlagen" als pdf-Datei hochgeladen.

(Anmerkung: Liegt keine Einbeziehung von Unterauftragnehmern oder Eignungsverleihern vor, ist keine Angabe zu machen.)

- Keine Angabe (0)
 Ja (0)
 Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

6 Referenzen

Der Bieter muss als Mindestanforderung insgesamt drei vergleichbare Referenzprojekte nachweisen, davon:

a) ein vergleichbares Referenzprojekt, das Leistungen der Projektleitung und/oder Projektsteuerung im Zusammenhang mit der Konzeption, Planung oder Verlagerung eines Theater- oder Kulturbetriebs (z. B. Opernhaus, Schauspielhaus, Konzerthaus, Museum mit Spielbetrieb, Musikschulen) umfasst.

Das Referenzprojekt ist vergleichbar, wenn (1) der Bieter dort Leistungen der Projektleitung und/oder Projektsteuerung erbracht hat und (2) das Projekt einen laufenden Kultur-, Veranstaltungs- oder Spielbetrieb betraf;

b) zwei weitere vergleichbare Referenzprojekte, die Leistungen der Projektleitung und/oder Projektsteuerung von Standortverlagerungen oder vergleichbaren Transformationsprojekten belegen. Diese Referenzprojekte können auch aus anderen Branchen stammen, sofern sie hinsichtlich Komplexität sowie Koordinations- und Steuerungsanforderungen (insbesondere Anzahl der zu koordinierenden Beteiligten, Schnittstellen zu laufendem Betrieb, Termin- und Kostensteuerung) mit dem ausgeschriebenen Leistungsgegenstand vergleichbar sind.

Mehrfachnennungen desselben Projekts sind nicht zulässig. Bieter, die die geforderten Referenzen nicht nachweisen, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

(Nachweis: Eigenerklärung anhand der beigefügten Referenzblätter mit Angaben zu Auftraggeber, Ansprechpartner, Leistungszeitraum, Leistungsinhalt (Projektleitung/Projektsteuerung, Leistungsbild), Projektstatus; der Auftraggeber behält sich vor, Referenzauskünfte beim Referenzbeauftragten einzuholen.)“

7 **Haftpflichtversicherung [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Eigenerklärung zur Haftpflichtversicherung

Bitte als Eigenerklärung auf eigenem Formular hochladen.

Hiermit erkläre ich, dass das Unternehmen über eine branchenübliche Betriebshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 10 Mio. EUR verfügt.

Sofern zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe keine entsprechende Versicherung besteht, erkläre ich, dass im Falle des beabsichtigten Zuschlags unverzüglich eine Haftpflichtversicherung mit der geforderten Mindestdeckungssumme abgeschlossen und nachgewiesen wird.

- Keine Angabe*
- Ja
- Nein

Nur eine Antwort wählbar

8 **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit [Mussangabe]**

Ausschlusskriterium

Zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bieter eine Eigenerklärung zum durchschnittlichen Jahresumsatz der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre im relevanten Tätigkeitsbereich der ausgeschriebenen Leistung abzugeben.

Der durchschnittliche Jahresumsatz muss mindestens 250.000 EUR betragen.

Die Angaben beziehen sich auf die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre (z. B. 2023–2025) und sind auf Verlangen durch geeignete Nachweise zu belegen.

- Keine Angabe*
- Ja
- Nein

Nur eine Antwort wählbar

Verfahren: 2026RRI000025-AZ416/2026 - Projektleitung, -steuerung der Standortverlagerung unter laufendem Betrieb

LEISTUNGSKRITERIEN

1 Herangehensweise Projekt

Mindestanforderung (Zulassung zum Verfahren)

Die Einreichung eines Konzepts zur Darstellung der Herangehensweise an das Projekt inkl. Ablaufplan und Zeitschiene ist zwingender Bestandteil des Angebots und Voraussetzung für die Wertung.

Das Fehlen des Konzepts führt zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Zuschlagskriterium (Qualitätsbewertung)

Das eingereichte Konzept wird im Rahmen der Zuschlagskriterien bewertet. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Ausschreibungsanlage festgelegten Qualitätskriterien und Bewertungsmaßstäbe.

[]

Mehrere Antworten wählbar

2 Personaleinsatzplan

Personaleinsatzplan inkl. Darstellung der Vertretungsregelungen und Verfügbarkeiten

Die Einreichung eines Konzepts zum Personaleinsatz inkl. Darstellung der Vertretungsregelungen und Verfügbarkeiten ist zwingender Bestandteil des Angebots und Voraussetzung für die Wertung.

Das Fehlen des Konzepts führt zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Zuschlagskriterium (Qualitätsbewertung)

Das eingereichte Konzept wird im Rahmen der Zuschlagskriterien bewertet. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Ausschreibungsanlage festgelegten Qualitätskriterien und Bewertungsmaßstäbe.

[]

Mehrere Antworten wählbar

3 Darstellung der Zusammenarbeit aller Schnittstelle

Darstellung der Zusammenarbeit aller Schnittstellen

Die Einreichung eines Konzepts zur Darstellung der Zusammenarbeit aller Schnittstellen ist zwingender Bestandteil des Angebots und Voraussetzung für die Wertung.

Das Fehlen des Konzepts führt zum Ausschluss vom Vergabeverfahren.

Zuschlagskriterium (Qualitätsbewertung)

Das eingereichte Konzept wird im Rahmen der Zuschlagskriterien bewertet. Die Bewertung erfolgt anhand der in der Ausschreibungsanlage festgelegten Qualitätskriterien und Bewertungsmaßstäbe.

[]

Mehrere Antworten wählbar

